

Abdruck für *Montreal*

Übersandt gemäß Runderl. IA 4245 v. 6. 8. 28.

**Zentralstelle
für den wirtschaftlichen
Auslandsnachrichtendienst.**

Zentralstelle
für den wirtschaftlichen
Auslandsnachrichtendienst.

BERLIN W 9, den 10. Mai 1929.

Potsdamer Str. 10/11.

Fernsprechanschlüsse:

Zentrum 10630 (Auswärtiges Amt)

Kurfürst 9610 (Reichswirtschaftsministerium)

I Nr. 5496.

DEUTSCHER GENERAL-KONSULAT
IN MONTREAL
am MAY 30 1929 ★
Eingeb. Nr. 569
Anl.

An

*Z
Jog
M*

das Reichswirtschaftsministerium,
das Reichsfinanzministerium,
das Reichsjustizministerium,
das Reichsbankdirektorium,
das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe,
die Vertretung Hamburgs bei der Reichsregierung,
die Vertretung Bremens bei der Reichsregierung,
die Vertretung Lübecks bei der Reichsregierung,
die Staatliche Bayerische Wirtschaftsstelle,
den Reichsverband der Deutschen Industrie,
den Deutschen Industrie- und Handelstag,
den Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels,
den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes,
den Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband,
die Hauptfachverbände,
die Zweig- und Reichsnachrichtenstellen,
den Bayerischen Industrie- und Handelskammertag,
den Deutschen Wirtschaftsdienst (für Auskunftszwecke)
- je besonders -

Abschrift wird mit Bezug auf I A Nr. 10454/28 vom 23.
November 1928 und I Nr. 4886/29 vom 24. April 1929 ergebenst
übersandt.

Zentralstelle
für den wirtschaftlichen
Auslandsnachrichtendienst.

Montreal, den 19. April 1929.

Inhalt: Ratschläge zur Vermeidung
von Verlusten bei Geschäften mit Kanada.

Nach den hier gemachten Erfahrungen sind Verluste deutscher Firmen im hiesigen Markte, die durch Unkenntnis oder Nichtbeachtung gesetzlicher Bestimmungen hervorgerufen sind, verhältnismäßig selten. Größere Verluste sind fast durchweg auf Lieferungen an unbekannte, kreditunwürdige Firmen zurückzuführen.

Die zivilrechtlichen Verhältnisse sind in den 9 Provinzen Kanadas bekanntlich verschieden. Es ist infolgedessen fast unmöglich, kurze, für ganz Kanada geltende Richtlinien bezüglich der gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen. Das "Handbuch für den deutschen Außenhandel" enthält bereits die erforderlichen Hinweise für den deutschen Exporteur. Vom praktischen Gesichtspunkte aus ist dazu im einzelnen zu bemerken, daß die auf Seite XXIII des Handbuchs empfohlene Einholung von Kreditauskünften naturgemäß kein in allen Fällen wirksamer Schutz sein kann; einmal weil sich die Kreditverhältnisse der Kunden hier manchmal sehr plötzlich verschieben, und andererseits weil Kreditauskünfte häufig von den Auskunftsteilen inso vorsichtiger Weise abgefaßt werden, daß eine Würdigung der wahren Verhältnisse des Kunden eine große Vertrautheit im Lesen und Verstehen solcher Auskünfte voraussetzt. Wie hier bekannt ist, hat die Auskunftsteil Schimmelpfeng in den letzten Jahren wiederholt Anweisungen über das richtige Lesen und die Auswertung von Kreditauskünften veröffentlicht, die für den deutschen

deutschen Exporteur sehr lesenswert sind.

Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen es aber wünschenswert erscheinen, auf zwei weitere Punkte hinzuweisen, die für deutsche Exporteure beachtenswert sind, und die bei einer Neuauflage des "Handbuchs für den deutschen Außenhandel" berücksichtigt werden könnten, nämlich die Fragen des Wechselprozesses und der Konsignationslieferungen.

Wechsel-
prozess:

Ein in Deutschland anscheinend weit verbreiteter Irrtum ist der, daß es in Kanada einen dem deutschen ähnlichen Urkunden-prozess gibt, und daß aus Wechseln ohne weiteres geklagt werden kann. Einen Urkundenprozess im deutschen Sinne gibt es hier nicht, und selbst wenn der Warenempfänger einen Wechsel begeben oder eine Tratte akzeptiert hat, so kann ein Urteil auf Grund des Wechsels allein nicht erwirkt werden, wenn der Beklagte Einwendungen aus dem zugrundeliegenden Rechtsgeschäft (mangelhafte Beschaffenheit, verspätete Lieferung usw.) erhebt. Eine Ausnahme hiervon bildet der Fall, daß die Tratte nach Akzeptierung durch den Warenempfänger vor dem Fälligkeitstage im üblichen Geschäftswege Eigentum eines gutgläubigen Dritten geworden ist, also etwa infolge von Diskontierung in den Besitz einer deutschen Bank übergegangen ist. In diesem Falle hat die Bank bei Nichtbezahlung und Protestierung ohne weiteres einen Rechtsanspruch gegen den Akzeptanten in Höhe der gesamten Wechselsumme.

Konsignations-
lager:

Eine zweite Quelle von Verlustfällen ist das Konsignationsgeschäft. Die Frage der Lieferung von Konsignationslagern ist hier anlässlich eines besonders krassen Falles von Untreue kürzlich eingehend geprüft worden. Das Ergebnis der Prüfung ist in der hier beigefügten Aufzeichnung niedergelegt.

Abschrift

Abschrift der Anlage 1:

Konsignationsware.

In jedem Falle sollte zwischen dem deutschen Fabrikanten und seinem hiesigen Vertreter, falls die Lieferung von Konsignationswaren in Frage kommt, ein besonderer Konsignationsvertrag abgeschlossen werden. Die Bestimmungen des Vertrages werden je nach den Bedürfnissen und Absichten der Parteien verschieden sein. Zwei Entwürfe für Konsignationsverträge sind hier beigelegt.

Sicherung der Eigentumsrechte für
den Fall eines Konkurses.

Konsignationswaren sind stets mittels dem von den kanadischen Zollbehörden vorgeschriebenen Zollrechnungsförmular zu fakturieren, und zwar kommt für deutsche Konsignationsware nur das Formular N in Betracht (vgl. die Druckschrift "Vorschriften für die Ausfertigung von Zollrechnungen im Verkehr nach den britischen Dominien, Kolonien und Besitzungen", die vom Verkehrsbüro der Industrie- und Handelskammer in Berlin zu beziehen ist). Auf Grund dieser Zollrechnungen wird im Falle eines Konkurses die Identität der fraglichen Waren als Konsignationsware, die außerhalb der Konkursmasse bleibt, leicht nachgewiesen werden können, insbesondere wenn außerdem über die Konsignationsware getrennte Konten geführt werden, und die Ware als Konsignationsware besonders kenntlich gemacht ist.

Falls

Falls die Geschäftsräume des Vertreters, in denen die Konsignationsware gelagert ist, gemietet sind, so steht dem Hauseigentümer wegen rückständiger Miete ein Pfandrecht an allen Warenbeständen zu, die sich in den gemieteten Geschäftsräumen befinden. Hiervon ausgenommen sind solche Waren, bezüglich deren dem Vermieter bei Einbringung mitgeteilt worden ist, daß sie nicht Eigentum des Mieters, sondern des betreffenden Fabrikanten etc. sind.

Eine weitere Möglichkeit, die Waren im Falle eines Konkurses des Vertreters zu schützen, besteht darin, daß die Waren nicht an den Vertreter adressiert werden, sondern daß sie an eine hiesige Bank konsigniert werden, zwecks Unterbringung in einem öffentlichen Lagerhaus. Die Bank könnte angewiesen werden, von diesen Beständen jeweils gewisse Teile gegen Bezahlung durch den Vertreter an diesen oder den Abnehmer herauszugeben. Hiesige Banken sind mit dem Verfahren vertraut.

Sicherung gegen Verluste beim Verkauf
der Waren durch den Vertreter.

Die Waren können entweder für Rechnung des deutschen Fabrikanten oder für Rechnung des Vertreters an die hiesigen Kunden verkauft werden. Im ersteren Falle ist auf der Rechnung anzugeben, ob die Bezahlung an den Fabrikanten oder an den Vertreter zu erfolgen hat. Im zweiten Falle würde die Bezahlung naturgemäß ohne weiteres an den Vertreter erfolgen. In gewisser Beziehung ist es zweckmäßiger, daß der Vertreter dem hiesigen Kunden gegenüber als Gläubiger auftritt, da dieses das Inkasso wesentlich vereinfacht, und dem Vertreter eine besondere Kontrolle über den Eingang der Außenstände bei Fälligkeit gibt. Falls z.B. Rechnungen überfällig werden, so könnte
der

der Vertreter im eigenen Namen ohne formale Schwierigkeiten klagen, während eine gerichtliche Verfolgung seitens des ausländischen Gläubigers mit erheblichem Zeitverlust und sonstigen Schwierigkeiten verknüpft ist, da z.B. von ausländischen Gläubigern bei Klageerhebung gewöhnlich die Hinterlegung eines größeren Betrages als Sicherheit für Gerichts- und Anwaltskosten verlangt wird.

Eine Sicherung des ausländischen Gläubigers im Falle der Einziehung der Außenstände durch den Vertreter könnte dadurch geschaffen werden, daß dem Vertreter durch den Vertrag aufgegeben wird, sämtliche Gelder, die er für Rechnung seiner Prinzipale einzieht, auf ein besonderes, auf den Namen des Fabrikanten lautendes Konto bei einer hiesigen Bank einzuzahlen.

Der Vertreter sollte gehalten sein, dem Fabrikanten entweder die Originalaufträge der hiesigen Kunden oder von den Kunden unterzeichnete Auftragsformulare zwecks Kontrolle über die Warenbestände einzureichen.

Es ist hier beobachtet worden, daß eine deutsche Firma auf Grund von ihrem Provisionsvertreter eingesandter Aufträge Waren an hiesige Abnehmer versandt hat, deren Annahme später verweigert wurde, und die der Vertreter alsdann im Auftrage seiner Prinzipale zwecks anderweitigen Verkaufs auf Lager genommen hat. Die deutschen Lieferanten waren der Ansicht, daß diese Waren nunmehr Konsignationswaren darstellten. Der Vertreter hat dieselben auf eigene Rechnung verkauft und dann falliert. In dem Konkurs war der Nachweis, daß die Waren Konsignations-

waren

waren gewesen seien, nicht zu erbringen, da die Sendungen nicht auf Konsignations-Zollfaktura importiert worden waren und ein entsprechender Vertrag nicht vorhanden war. Es sollte selbstverständlich sein, daß Konsignationslager nur solchen Firmen übertragen werden, über deren geschäftlichen Ruf und Zuverlässigkeit vorher eingehende Erkundigungen angestellt worden sind.

Zu bemerken ist, daß die zivilrechtlichen Verhältnisse in den neun Provinzen Kanadas verschieden sind. Soweit zivilrechtliche Verhältnisse in Vorstehendem berührt sind, sind die für Montreal geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Provinz Quebec in Betracht gezogen.

Me.

beschrift der
Seite 2.

CONSIGNMENT CONTRACT.

Between Messrs. J. Blank & Co., Krefeld, Germany.

Party of the first part.

and

Jos. Mitchell of the City of Montreal,
in the Province of Quebec, Canada.

Party of the second part.

J. Blank & Co., Party of the first part, do hereby
agree to ship the following merchandise:-

(fill in here the particulars of the goods)
on consignment to Jos. Mitchell, party of the second part, it
being understood and agreed -

That the said merchandise remains the property of
J. Blank & Co.

That the said party of the second part shall sell
the merchandise on a Commission basis of %.

That the said party of the second part will remit
thirty/
every/days all monies covering sales of all or part of the said
merchandise less his commissions, and will furnish a statement
each month showing the amount of merchandise on hand.

That the said party of the second part agrees
to insure the said merchandise in favour of J. Blank & Co., party
of the first part.

That the said party of the second part also agrees
to allow the stock and sales to be checked by any Representative
of J. Blank & Co.

The said Jos. Mitchell, party of the second part hereby
acknowledges that this Consignment Contract does not in any
way whatsoever constitute a sale to him, but that he is the
Agent of J. Blank & Co., party of the first part, and is personally
responsible

responsible to J.Blank & Co.for the carrying out of this Contract and will not form a Limited company and pass possession of the merchandise to a company or person without the written consent of J.Blank & Co.

That he will not under any consideration deposit any monies received from the sale of the said consignment goods in his own bank account, but that he will open an account in the name of J.Blank & Co., wherein all monies held by him for J.Blank & Co., shall be deposited from time to time.

That he will not move the said merchandise from his premises to any other premises without notifying the party of the first part, J.Blank & Co. or his Representative.

Party of the First Part

Party of the Second Part.

Signed, Sealed and Witnessed
in the Presence of -

_____ Dated at Montreal, this day of
March 22, 1929.

Abschrift der Anlage 3.

MEMORANDUM OF AGREEMENT made and entered into in

duplicate on the
hundred and

day of

one thousand nine

BETWEEN

J.Blank & Co., of the City of
Krefeld, Germany, and there carry-
ing on business as such under
the name and style of J.Blank &
Co.

off the first Part

a n d

FRED H. PIPER & CO., LTD.
a body politic and corpo-
rate, duly incorporated
according to the laws of
Canada;

Of the second Part

WITNESSETH:

WHEREAS the party of the first part desires to make use of the services of the party of the second part for the sale throughout the Dominion of Canada of _____ to be sent to the party of the second part on consignment and against payment of the commission hereinafter referred to;

NOW THEREFORE THE PARTIES HERETO AGREE AS FOLLOWS:

1 - From and after the date of the present agreement the party of the first part will from time to time ship to the order of the party of the second part certain quantities of silk goods on consignment. The said goods are to remain at all times the property of the party of the first part until sold for its account and in the interval the same shall be stored by the party of the second part either in its own warehouse (without charge for such storage) or in a bonded warehouse or such other place as the party of the second part may from time to time decide. If stored in a bonded warehouse or any place other than the warehouse of the party of the second part the storage charges shall be borne by the party of the first part and wherever stored all such goods shall be at the risk of the party of the first part. Any insurance effected on the said goods by the party of the second part shall be for the account and benefit of the party of the first part and at its expense.

2- The party of the second part shall use its best

endeavors

endeavors to dispose of the goods at any time and from time to time held by it on consignment for the account of the party of the first part and at the best market prices then obtainable. Sales shall be so made to such parties and on such terms as the party of the second part may decide upon. It is understood that the party of the second part is to employ all reasonable precaution in taking credit risks but no responsibility shall accrue to it in case losses are made by reason of any customers' failure to pay for the goods so delivered or from any action whatever that may arise in connection with such transactions.

3 - All goods shall be invoiced on invoice forms bearing the name of the party of the first part and also the name of the party of the second part as agents. The amount of all invoices shall be payable to the party of the second part and any invoices or contract forms shall indicate that the payments are to be so made. In connection with the collection of any such invoices the party of the first part shall furnish the party of the second part with a general power of attorney authorizing it to collect such moneys for the account of the party of the first part and to take such legal action or other proceedings as the party of the second part may deem necessary for the enforcement of all contracts, collection of all accounts and for the protection generally of the interests of the party of the first part in all such transactions.

4 - All moneys received for the account of the party of the first part under the terms of the present agreement shall be deposited by the party of the second part in an account to be opened in the M.....Bank of Canada, Montreal. The said account shall be opened in the name of.....J. Blenk & Co.,

or

or such other form of similar import as may be decided upon by the party of the second part and its said bankers. The party of the second part shall be entitled to draw against this account such amounts as may be required by it for the financing of all transactions arising out of the present agreement including the payment of freight, customs duties, warehouse charges, insurance charges and other expenses generally, and shall be authorized to take advances from such bank in case sufficient funds are not available, by pledging warehouse receipts, bills of lading or other like securities belonging to the party of the first part. Any credit balances in the general account other than as may be required for the purposes above mentioned are to be remitted to the party of the first part from time to time by cheque or cable or are to be disposed of in such manner as the party of the first part may direct.

5 - The party of the first part is to be furnished promptly with copies of invoices covering all sales which may be made by the party of the second part for its account and monthly statements are to be rendered showing the amounts drawn by the party of the second part against the general bank account heretofore mentioned and deposits made in this account.

6 - For its services as above mentioned the party of the second part shall be entitled to a commission of percent on the landed selling price of all goods consigned to the party of the second part under the terms of the present agreement. The said commission shall be adjusted and paid quarterly.

7 - The present agreement shall remain in force for the full period of day of 1929 and shall so continue from year to year unless at any time terminated by three months' written notice to be given by one party to the other. On the termination of such agreement all accounts between the parties shall be adjusted and any amount due to the party of the second part for expenses or commission shall be paid. Against the adjustment and payment of such accounts all goods then in the possession of the party of the second part and held by it on consignment under the terms of the present agreement shall be delivered to the party of the first part or to its order.

IN WITNESS WHEREOF the party of the second part has signed the present agreement in the City of Montreal this day of 1929, and the party of the first part has signed the same at on the

signed FRED H. PIPER LTD.

signed J. BLANK & Co.
